Hochschulen als Orte queerfeindlicher Angriffe. Politische Analyse und Handlungsempfehlungen.

Einleitung

Die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes und vielfältige Christopher Street Day Demonstrationen auf der einen, die Ablehnung von geschlechtlicher Vielfalt und Verbote geschlechterinklusive Sprache auf der anderen Seite – gesellschaftliche Kämpfe rund um Geschlechterverhältnisse und Sexualitäten spitzen sich zu. Die Zustimmungswerte zu antifeministischen und queerfeindlichen Aussagen steigen über die letzten Jahre kontinuierlich an (vgl. Decker et al. 2024). Dies zeigt sich auch an Hochschulen: sie sind die zentralen Orte, an denen gesellschaftlich legitimes Wissen überprüft und produziert wird und damit auch Austragungsfeld gesellschaftlicher Debatten. So ist es nicht verwunderlich, dass extrem rechte Gruppierungen auch gezielt an Hochschulen agieren. Das Feld Hochschule wird dabei von ihnen wahlweise als Bollwerk der (Wissenschafts-)Freiheit, was gegen unsachlichen und zwanghaften ‚Gender-Wahn‘ verteidigt werden müsse, oder als elitäres Projekt porträtiert, das eine ‚Gender-Ideologie‘ zur Indoktrination von Gesellschaft und besonders Kindern hervorbringe (vgl.: Ohnmacht et al. 2024; Gözen 2021; AfD-Antrag 2023). Versetzt mit eliten- und wissenschaftsfeindlichen Argumentationen wird die Institution Hochschule so als Angriffsort gegen queere Errungenschaften und queeres Leben gezielt ausgewählt. Aufgrund gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen entsteht im hochschulpolitischen Kontext die Verpflichtung und der Wille inklusiver und diversitätsoffener zu werden sowie dies sichtbar nach außen zu transportieren. Gleichzeitig sind sowohl einzelne Akteur*innen als auch ganze Hochschulen aufgrund entsprechender Sichtbarkeit verstärkt Angriffen ausgesetzt. Dies betrifft besonders Geschlechterforscher*innen und Wissenschaftler*innen im Bereich kritischer Migrationsforschung, Angehörige der studentischen Selbstverwaltung und Aktive im Bereich Gleichstellung, Antidiskriminierung und Diversität an Hochschulen.

Hochschulen agieren daher als komplexe Organisationen in einem Spannungsfeld. Als Akteur*innen der Antidiskriminierungsarbeit an Hochschulen möchten wir dieses Spannungsfeld anhand von Queerfeindlichkeit an Hochschulen durch extrem rechte Angriffe beleuchten, einen Ausblick auf etwaige Entwicklungen 2025 sowie einen Überblick über Handlungsmöglichkeiten geben, um queerfeindlichen Anfeindungen zu begegnen.

Queere Pride und rechter Stolz

Weltweit wird jährlich der Juni dazu genutzt, die sexuelle, geschlechtliche und romantische Vielfalt zu zelebrieren und ein Zeichen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung zu setzen.

Auch Hochschulen in Deutschland beteiligen sich mit vielfältigen Aktivitäten. 2023 haben unterschiedliche rechte Akteur*innen unter dem Hashtag #Stolzmonat eine Social Media Kampagne gegen den Pride Month gestartet, die auch außerhalb sozialer Medien aufgegriffen wurde (vgl. Titz 2024). Im Rahmen einer kollegialen Konsultation in Gender- und Diversity-Netzwerken an Hochschulen konnten wir zusammentragen, dass es auch an mindestens 23 Hochschulen in Deutschland im Rahmen des Pride Month 2023 zu LGBTIQA*-feindlichen, antifeministischen oder extrem rechten Vorfällen gekommen ist. Neun Kolleg*innen berichteten, dass die Vorfälle bei ihnen Bezüge zu der rechten Kampagne #Stolzmonat trugen, zum Beispiel durch entsprechende Sticker, die auf dem Campus geklebt wurden, oder durch Social Media Beiträge. An einer Hochschule wurde der Campus gezielt Ort einer Aktion zum #Stolzmonat der extrem rechten "Jungen Alternative", der ehemaligen Jugendorganisation der AfD. Somit wurde eine Online-Kampagne in die „offline“ Welt übertragen und auch außerhalb sozialer Medien wirkmächtig (vgl. Re-Diss 2023).

Insgesamt reichte das Spektrum der gemeldeten Vorfälle vom Anbringen queerfeindlicher Sticker über Diebstahl und Zerstörung queerer Symbole (v.a. der Regenbogenfahne) bis hin zu verbalen Beleidigungen gegen queere Hochschulangehörige und einem tätlichen Angriff. Das sind jedoch nur die Vorfälle, die bekannt wurden – die tatsächliche Anzahl kann dabei sehr viel höher ausgefallen sein. Da es in der queeren Community eine hohe Identifikation mit den verschiedenen Varianten von Pride Flaggen gibt und es nach wie vor viele ungeoutete Queers im Bildungs- und Arbeitsbereich gibt, ist die zunehmende Zerstörung von Regenbogenflaggen alarmierend. Für viele queere Studierende und Mitarbeitende sind Regenbogenfahnen auf dem Campus ein wichtiges Zeichen dafür, willkommen und nicht allein zu sein. Das Vernichten dieses Zeichens symbolisiert eine klare Ausgrenzung und gewaltförmige Ablehnung. Es ist eine Drohgeste weiterer Gewalt gegen Mitglieder der Community und zeigt die Möglichkeit der Zerstörung der gesamten Community an.

Diese Zurückweisung grundlegender Menschenrechte spitzte sich zwischen Mai und August 2024 mit den bundesweiten gewalttätigen Angriffen auf zahlreiche CSD-Demonstrationen durch (junge) Rechtsextreme und Neonazis weiter zu. Diese Angriffe waren nicht zufällig oder wahllos, sondern eine logische Konsequenz antifeministischer und queerfeindlicher Kernideologien der extremen Rechten. Diese fußen auf der vermeintlichen Normalitätsvorstellung der Existenz von genau zwei Geschlechtern, die sich ausschließlich heterosexuell aufeinander beziehen und mit ihren Kindern als Kleinfamilie die „Keimzelle der Nation“ schaffen (vgl. Ohlendorf 2024). Queere Menschen, Lebens- und Familienentwürfe werden hierbei pathologisiert und als Bedrohung für eine vermeintlich „natürliche“ Ordnung der Gesellschaft gesehen (vgl. Kleiner 2016).

Queerfeindlichkeit und hochschulpolitische Entwicklungen

Queerfeindliche und antifeministische Angriffe werden jedoch nicht nur von vermeintlich externen (extrem)rechten Akteur*innen an die Hochschulen getragen. Auch die konservativen bürgerlichen Parteien bedienen sich queerfeindlicher und antifeministischer Diskurse, um eigene politische Ziele zu verfolgen. So einigten sich bspw. in Hessen die

Regierungspartnerinnen CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag 2024 auf ein Verbot der sogenannten ‚Gendersprache‘ für die öffentliche Verwaltung sowie öffentlich-rechtliche Institutionen (Schulen, Hochschulen, Rundfunk) (vgl. Koalitionsvertrag Hessen 2024–2029). Damit waren ausschließlich die geschlechterinklusive Schreibweisen mit Sonderzeichen gemeint, die geschlechtliche Vielfalt repräsentieren. Kurz nach der Regierungsbildung ergingen bereits die Geschäfts- und Dienstanweisungen aus der hessischen Staatskanzlei und dem hessischen Ministerium für Kultur, Bildung und Chancen an die hessischen Ministerien sowie Schulen und Schulämter u.a. geschlechterinklusive Sprache als Fehler in Prüfungsleistungen zu beurteilen und diese in jeglichen Veröffentlichungen und Schriftverkehr zu unterlassen. Diese Anweisungen werden seitdem von den zuständigen Behörden kontinuierlich kontrolliert und es wird auf „Verstöße“ hingewiesen. Analog erging aus dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur eine Dienstanweisung an die hessischen Hochschulen. Diese verweist zum einen auf die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Wissenschafts- und Kunstfreiheit und weist die Hochschulen gleichzeitig an, in bestimmten Bereichen des Verwaltungshandelns auf den Ausdruck geschlechterinklusive Sprache durch das Verwenden von Sonderzeichen zu verzichten. Anders als im schulischen Bereich konnten sich die hessischen Hochschulen auf ihre Autonomie und verfassungsmäßig garantierten Grundrechte berufen, wenn sie sich dafür entschieden, weiterhin den internen Leitfäden zur Verwendung geschlechtergerechter Sprache zu folgen. Das Verbot der geschlechterinklusive Sprache hat daher auf der konkreten Handlungsebene in den Bereichen Verwaltung und Lehre innerhalb der Hochschulen wenig verändert. Dies kann als eine Besonderheit im bundespolitischen Vergleich gesehen werden. Dennoch wiegt der Einfluss auf der symbolischen und diskursiven Ebene schwer (vgl. Lembke 2023).

So konnte beobachtet werden, dass bereits bestehende Unsicherheiten in Bezug auf die Verwendung geschlechterinklusive Schreibweisen bei den verschiedenen Mitgliedern und Angehörigen der Hochschulen verstärkt wurden. Konservative und queerfeindliche Haltungen wurden durch den ministeriellen Erlass unterstützt. Grundsätzlich normalisieren die Verbote geschlechtergerechter Sprache verschiedener Landesregierungen im Bildungsbereich und die damit verknüpften öffentlichen politischen Diskurse die bereits erwähnten Kernideologien der extremen Rechten. Dies begünstigt ein Klima, in dem sich nicht-binäre, inter* und trans* Studierende und Beschäftigte an Hochschulen weder besonders sicher noch willkommen fühlen können.

Nicht nur in den meisten Bundesländern in Deutschland sondern auch auf der europäischen Ebene stehen Verbotsversuche von geschlechterinklusive Sprache auf der politischen Tagesordnung. Das von der EU geförderte Projekt „Fostering Queer Feminist Intersectional Resistances against Transnational Anti-Gender Politics“ (RESIST) untersucht für den Zeitraum von 2017 bis 2023 parlamentarische und mediale Debatten zur Verbreitung von 'Anti-Gender'-Politiken anhand von fünf Fallstudien im Europäischen Parlament, im Vereinigten Königreich, in Polen, in der Schweiz und in Ungarn und führte Expert*inneninterviews zu den Auswirkungen entsprechender Mobilisierungen durch (vgl. RESIST Project Team 2024). Die bisherigen Ergebnisse zeigen eindrücklich, wie weit verbreitet und transnational verflochten 'Anti-Gender'-Ideologien in Europa sind. LGBTIQ*-Empowerment, Feminismus und

progressive Genderpolitiken werden dabei als Elitenprojekt geframt, welches die natürliche Geschlechterordnung zerstöre und die tradierte Familie bedrohe. 'Die Elite' wird häufig mit dem sprichwörtlichen wissenschaftlichen Elfenbeinturm assoziiert, u.a. dadurch wird erklärbar, warum rechte Aktionen sich so stark auf den Ort Hochschule fokussieren. Dabei nehmen Quantität und Intensität verbaler und tätlicher Angriffe mit dem steigenden Erfolg rechter Parteien zu.

Es zeigt sich, dass auch im vermeintlich elitären und ‚woken‘ Elfenbeinturm der Hochschulen queerfeindliche und antifeministische Haltungen weit verbreitet sind. Dies wurde unter anderem bei der Auswertung einer Befragung zu LGBTIQ* Inhalten in der universitären Lehre sichtbar, welche 2024 im Rahmen eines von der europäischen Hochschulallianz EUPeace geförderten Projektes an vier Hochschulen in Spanien, Deutschland, Italien und Tschechien durchgeführt wurde (vgl. COILING Inclusion 2024). In der anonymen Kurzbefragung wurde u.a. untersucht, ob Lehrende LGBTIQ* Inhalte mit in ihre Lehrveranstaltungen aufnehmen würden, wenn diese für das Thema relevant wären. Besonders eindrucksvoll traten die queerfeindlichen und antifeministischen Haltungen in Freitextfeldern zum Abschluss des Fragebogens zutage. Neben offen diskriminierenden Aussagen fanden sich dort auch unabhängig vom Standort der Hochschule biologistische und bereits beschriebenen Narrative der 'Anti-Gender'- Ideologien.

Ausblick auf weitere Zuspitzung im institutionellen Rahmen

Auch in 2025 ist mit einem weiteren Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien zu rechnen und damit auch einem gesteigerten Selbstbewusstsein rechter Akteur*innen. Gleichzeitig stehen feministische und queere Engagierte weiter öffentlich sichtbar für ihre Rechte ein. In diesem Zusammenhang spricht das RESIST-Projekt davon, dass Anti-Gender-Mobilisierungen durch ihre Narrative „eine feindselige Sichtbarkeit“ (RESIST Projekt Team 2024: 11) erzeugen können. Die verstärkte Sichtbarkeit queeren Lebens geht so auch mit der erhöhten Gefahr einher, angefeindet zu werden. Dies geschieht durch unterschiedliche Gruppierungen. Antifeminismus und Queerfeindlichkeit haben eine sogenannte „Scharnierfunktion“ (Lang/Peters 2015) inne, die extrem rechte Akteur*innen über religiös-fundamentalistische Kräfte bis hin ins konservative und neoliberale Lager vereint. Angriffe von rechts auf Symbole queeren Lebens wie die Pride Flaggen werden flankiert durch drohende Mittelkürzungen im Bereich der Gleichstellungs-, Diversity- und Antidiskriminierungsarbeit und sich bundesweit ausweitende Debatten um das Verbot geschlechterinklusive Sprache. Mit der Einführung des dritten positiven Personenstands „divers“, dem Selbstbestimmungsgesetz sowie dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz gibt es einen gesetzlichen Rahmen, der geschlechtliche Vielfalt anerkennt und Diskriminierungsschutz zusichert. Zugleich kommt es zu einer Normalisierung von Queerfeindlichkeit und einer Re-Traditionalisierung von Geschlechterverhältnissen, die sich vor allem in der Ablehnung von trans*, inter* und nicht-binären Personen und queeren Familienmodellen zeigen.

Für gesellschaftliche Vielfalt sichtbar eintreten – Handlungsempfehlungen für Hochschulen

Angriffe auf die Gleichwertigkeit aller Menschen sind ein Angriff auf gelebte Praxis moderner Hochschulen und die gesetzliche Aufgabe, als Ausbildungsstätte darauf hinzuwirken, dass „zu verantwortlichem Handeln in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat befähigt wird“ (HRG 2019: §7, Abs. 1). Freie Wissenschaft und Kunst funktionieren nur in einem demokratischen Rahmen, in dem alle gleichberechtigt teilnehmen können und das beste Argument statt der lautesten Stimme gewinnt. Für diesen idealtypischen Diskursraum muss sich immer wieder aufs Neue eingesetzt werden – in Zeiten wie diesen ganz besonders. Ein sichtbares Eintreten für gesellschaftliche Vielfalt und Demokratie bedeutet auch, extrem rechten, antifeministischen und queerfeindlichen Positionen und Raumergreifungsstrategien eine klare Absage zu erteilen. Neben dieser demokratischen Verpflichtung haben Hochschulen auch den Auftrag, ihre Mitglieder und Angehörigen vor Diskriminierung zu schützen. Dieser ist in den meisten Landeshochschulgesetzen bereits explizit verankert und teilweise weiter ausbuchstabiert. Eine Umsetzung von Diskriminierungsschutz in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt kann sich an den folgenden Empfehlungen orientieren:

- **Queere Netzwerke an der eigenen Hochschule aufbauen und stärken:**

Dies ermöglicht Austauschräume für die Community und eine höhere Sichtbarkeit von queeren Lebensweisen an Hochschulen.

- **Niedrigschwellige Möglichkeiten der Namens- und Personenstandsänderung schaffen:**

Hochschulen sind angehalten, im Rahmen der Hochschulautonomie ihre Möglichkeiten zu nutzen, Hochschulmitglieder zu unterstützen (vgl. bukoF 2020). Da gesetzliche Errungenschaften wie das Selbstbestimmungsgesetz momentan unter großem politischem Druck von rechts stehen und Gefahr laufen, abgeschafft oder sabotiert zu werden, ist hier besondere Unterstützung für TIN*-Hochschulmitglieder wichtig.

- **Veranstaltungen und Empowermentangebote und das Hisen von Flaggen organisieren:**

Dies kann im Rahmen der Beteiligung der Hochschulen zum Pride Month und weiterer queerer Aktionstage wie dem Transgender Day of Remembrance geschehen.

- **Betroffene unterstützen:**

Angriffe gegen Forschende und Lehrende aus den Gender & Diversity Studies oder gegen deren Veranstaltungen sind klar zu verurteilen. Hochschulen tragen die Kosten

für notwendige Sicherheitsvorkehrungen und stellen sich auch öffentlich hinter ihre Beschäftigten. Queeren Hochschulangehörigen wird durch interne Beratungsstellen und/oder in Zusammenarbeit mit community-basierten Beratungsstellen, den Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und den Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Unterstützung angeboten.

- **Präventionskonzepte entwickeln:**

In diesen können Vorkehrungen zum Umgang mit möglichen analogen und digitalen Anfeindungen getroffen und Kommunikationswege vereinbart werden.

- **Hochschulinternes Monitoring einrichten, Anzeigen erstatten:**

Auch diskriminierende Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze sollten erfasst werden, um Präventionskonzepte zu schärfen. Bei Diebstahl oder Zerstörung von Pride Flaggen sollten diese konsequent erneuert oder ggf. mehrfach wieder gehisst werden.

- **Förderung von Antidiskriminierungsarbeit an Hochschulen sicher stellen:**

Um der Infragestellung dieser Arbeit entgegenzutreten, muss eine nachhaltige und finanziell angemessene Ausstattung von Antidiskriminierungsberatungsstellen an Hochschulen gewährleistet werden (vgl. Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen 2025, Rat für Migration 2024, Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2024).

- **Stellungnahmen veröffentlichen:**

Bei extrem rechten, antifeministischen und/oder queerfeindlichen Vorfällen als Reaktion auf hochschuleigene Veranstaltungen oder Events, sollte in Absprache mit den Betroffenen eine öffentliche Stellungnahme oder Pressemitteilung über die Hochschulkommunikation erfolgen. So können demokratische Werte und Diskriminierungsschutz an Hochschulen hervorgehoben und Solidarität gezeigt werden (vgl. Gutsche 2024). Hochschulen können sich innerhalb der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zusammenschließen, um ggf. Statements mit mehr Reichweite zu verfassen.

- **Dialog mit der Zivilgesellschaft und mit Kulturschaffenden als Transferaufgabe begreifen:**

Die Beteiligung an städtischen Bündnissen gegen Rechts oder auch Citizen Science Projekte zum Thema Demokratie könnten hier eine Schlüsselrolle einnehmen und neue Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Hochschule aufzeigen.

Wir möchten abschließend festhalten, dass rechte Angriffe gegen queere Menschen an Hochschulen schon jetzt keine Einzelfälle mehr sind. Macht- und Herrschaftsverhältnisse sind auch an Hochschulen intersektional wirkmächtig. Sie lassen vor allem mehrfachdiskriminierte und marginalisierte Gruppen vulnerabler zurück. Diskriminierungen schädigen so nicht nur die Betroffenen direkt, sondern beeinflussen die gesamte Hochschulcommunity negativ. Sie untergraben die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Freiheit von Lehre und Forschung und eines respektvollen Wissensaustausches. Diskriminierungsschutz und solidarisches Handeln sind daher wichtiger denn je.

AUTOR*INNEN: PEPS GUTSCHE (ALICE SALOMON HOCHSCHULE BERLIN), EDDI STEINFELDT-MEHRTEUS (CHRISTIAN-ALBRECHTS-UNIVERSITÄT ZU KIEL) UND KATHARINA VÖLSCH (PHILIPPS-UNIVERSITÄT MARBURG) SIND SEIT VIELEN JAHREN IN DER ANTIDISKRIMINIERUNGS-, GLEICHSTELLUNGS- UND DIVERSITY-ARBEIT AN HOCHSCHULEN TÄTIG ALS TEIL DES BUNDESWEITEN NETZWERKS „ANTIDISKRIMINIERUNG AN HOCHSCHULEN“.

Quellen

AfD (2023): Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden. Antrag an den Deutschen Bundestag, Drucksache 20/8862. Online verfügbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008862.pdf> (zuletzt abgerufen am 27.01.2025).

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2024): Bausteine für einen systematischen Diskriminierungsschutz an Hochschulen. 3., aktualisierte Ausgabe. Online verfügbar unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Experten/bausteine_f_e_systematischen_diskriminierungsschutz_an_hochschulen.html?nn=305810 (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

bukof - Bundeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (2020): Handlungsempfehlungen für Geschlechtervielfalt an Hochschulen. Online verfügbar unter <https://bukof.de/wp-content/uploads/20-05-19-bukof-Handlungsempfehlungen-Geschlechtervielfalt-an-Hochschulen.pdf> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

COLING Inclusion (2024): Towards LGBTQIA+ Intersectional Teaching at European Universities (2024) gefördert im Rahmen der EUPeace University Alliance. Unveröffentlichtes Manuskript.

Decker, Oliver/ Kiess, Johannes/ Heller, Aylene/ Brähler, Elmar (Hg.) (2024): Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Online verfügbar unter <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritäre-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

Gözen, Jiré Emine (2021): Identitätspolitik mit anderen Mitteln. Wessen Freiheit soll geschützt werden? In: APuZ. Online verfügbar unter:

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaftsfreiheit-2021/343226/identitaetspolitik-mit-anderen-mitteln/> (zuletzt abgerufen am 27.01.2025.).

Gutsche, Peps (2024): Handlungsempfehlungen aus der Schutzkonzeptentwicklung zum Umgang mit Antifeminismus an Hochschulen. In: CEWS Journal 2/2024. Online verfügbar unter https://www.gesis.org/fileadmin/cews/www/CEWSjournal/CEWSJournal_2024-02.pdf (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

HRG- Hochschulrahmengesetz (2019): Hochschulrahmengesetz. Online verfügbar unter: <https://www.gesetze-im-internet.de/hrg/> (zuletzt abgerufen am 27.01.2025).

Kleiner, Bettina (2016): Heteronormativität. In: Online-Zeitschrift Gender Glossar. Online verfügbar unter <https://www.gender-glossar.de/post/heteronormativitaet> (zuletzt abgerufen am 20.02.2025).

Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD für die 21. Legislaturperiode 2024 – 2029 in Hessen <https://www.cduhessen.de/koalitionsvertrag/> (zuletzt abgerufen am 29.01.2025).

Lang, Juliane/Peters, Ulrich (2015): Antifeministische Geschlechter- und Familienpolitiken von Rechts. In: mbt Hamburg (Hrsg): Monitoring (Extrem) rechte Strukturen und das zivilgesellschaftliche Gegenengagement Nr. 4. Online verfügbar unter https://www.vielfalt-mediathek.de/wp-content/uploads/2020/12/mbt_hamburg_03_15.pdf (zuletzt abgerufen am 17.03.25).

Lembke, Ulrike (2023): Verfassungswidrige Sprachverbote. Verfassungsblog vom 24.11.23. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/verfassungswidrige-sprachverbote/> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

Netzwerk Antidiskriminierung an Hochschulen (2025): Statement zur Bundestagswahl des bundesweiten Netzwerkes Antidiskriminierung an Hochschulen. Online verfügbar unter https://www.uni-marburg.de/de/universitaet/administration/verwaltung/stabsstellen/adis/netzwerk-antidiskriminierung/2025_statement-bundestagswahl-netzwerk-antidiskriminierung-an-hs_barrierefrei-1.pdf (zuletzt abgerufen am 6.03.2025)

Ohlendorf, Vera (2024): CSD-Saison 2024 zwischen Queerfeindlichkeit und Solidarität. Belltower News 12.11.24. Online verfügbar unter <https://www.belltower.news/mehr-hass-und-gewalt-csd-saison-2024-zwischen-queerfeindlichkeit-und-solidaritaet-156835/> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

Ohnmacht, Florian/ Rotter, Anita/ Yıldız, Erol (2024): Alltagsrassismus im akademischen Diskurs: Eine kritische Auseinandersetzung mit dem „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“. In: Polat, Ayça/ Joseph-Magwood, Abigail M. (Hg.): Alltagsrassismus. Einführung für die pädagogische Praxis und Soziale Arbeit. Stuttgart, S. 54 - 64.

Rat für Migration (2024): Appell für einen starken Schutz vor Antisemitismus, Rassismus und allen Formen von Diskriminierung an Hochschulen. Online verfügbar unter <https://rat-fuer-migration.de/2024/10/30/apell-fuer-einen-starken-schutz-vor-antisemitismus-rassismus-und-allen-formen-von-diskriminierung-an-hochschulen/> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

Re-Diss (2023): Beispielanalyse #Stolzmonat. Website Rechte Diskurse. Online verfügbar unter <https://rechte-diskurse.de/glossar-rechte-diskurspraxis-45427-was-war-stolzmonat-48043.htm> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

RESIST Project Team (2024): The RESIST Project Report: Effects of, and Resistances to ‘Anti-Gender’ Mobilisations Across Europe: A Report on Nine Case Studies. Online verfügbar unter https://theresistproject.eu/sdc_download/876/?key=g6tc5elw7jslldyr5gt3hgp31k76yn (zuletzt abgerufen am 23.01.25).

RESIST Projekt Team (2024): Wirkungen von und Widerstände gegen ‘Anti-Gender’-Mobilisierungen in Europa: Bericht zur Fallstudie Deutschland. Online verfügbar unter https://theresistproject.eu/sdc_download/806/?key=f7o5gvyblya6rdcvb0m3twjkgq481j (zuletzt abgerufen am 27.01.25).

Titz, Una (2024): Rechtsextreme Kampagne gegen den Pride Month: Der "Stolzmonat". Artikel auf der Website der Amadeu-Antonio-Stiftung. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextreme-kampagne-gegen-den-pride-month-der-stolzmonat-114483/> (zuletzt abgerufen am 23.01.25).